



06.02.2008

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/7/0,3672,7156199,00.html>

## Wachsender Riese Gesundheitsbranche

### Gesundheitswirtschaft im heute.de-Branchencheck

von *Midia Nuri*

Die Serie von Hiobsbotschaften aus der Wirtschaft reißt nicht ab: Werkschließung bei Nokia, drohende Rezession in den USA, Crash an den Börsen. Was kommt auf uns zu? heute.de checkt die wichtigsten Branchen - im dritten Serien-Teil die Gesundheitsbranche.



dpa

Die Gesundheitsbranche ist ein wachsender Markt

Beim hiesigen Gesundheits- und Pflegesystem entsteht leicht der Eindruck, es handle sich um einen Patienten kurz vor dem Zusammenbruch. Schließlich geht es meist um aus den Fugen geratene Kosten und die Frage, ob und wie sich diese schultern lassen. Aus dem Blick gerät dabei schnell, wie gewichtig die Gesundheitsbranche als Wirtschaftsfaktor längst ist. Und wie chancenreich für eine große Zahl von Menschen.

### Milliardenumsätze in der Branche

Mit einem Umsatz von rund 260 Milliarden Euro setzt die Gesundheitsbranche derzeit gut ein Zehntel des Bruttoinlandsprodukts um. Jeder neunte Beschäftigte hierzulande war Ende 2006 im Bereich Gesundheit und Soziales tätig, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt - insgesamt rund 4,3 Millionen Menschen. "Schon heute ist die Gesundheitswirtschaft die größte deutsche Branche", stellt Heinz Lohmann fest, Vorsitzender der Initiative Gesundheitswirtschaft (IGW).



mev

Die Zahl der Beschäftigten ist in den vergangenen Jahren stets leicht gestiegen, zuletzt 2006 um 0,8 Prozent. Am stärksten wuchs die Zahl der Stellen laut Destatis für Ärzte und Kranken- sowie Altenpfleger, die schon heute die meisten Mitarbeiter stellen. Abgenommen hat die Beschäftigtenzahl lediglich im Gesundheitshandwerk, etwa bei den Augenoptikern. Nachdem von 2003 bis 2005 das Krankenhauspersonal um insgesamt 50.000 Beschäftigte abgenommen hatte, zählte Destatis auch in den Krankenhäusern 2006 wieder mehr Beschäftigte.

### Branche wird wachsen

Und die Branche wird weiter wachsen. Ein jährliches Umsatzplus von 15 Prozent hält Joachim Kartte für möglich. Er erarbeitete für das Beratungsunternehmen Roland Berger ein Gutachten über "Innovation und Wachstum im Gesundheitswesen". Für 2020 kalkuliert Kartte mit 453 Milliarden Euro -

zuzüglich privat finanzierter Ausgaben von schon heute 60 Milliarden Euro. IGW-Vorsitzender Lohmann hält 20 Prozent Wachstum für möglich.

Die Gründe für das sichere Wachstum liegen auf der Hand: Immer mehr ältere Menschen - potenziell krank oder pflegebedürftig - stehen immer weniger Angehörigen und immer mehr berufstätigen Frauen in ihren Familien gegenüber, die die Pflege über private Dienste organisieren werden. 90 Prozent der Jobs siedeln sich Karte zufolge im Bereich Dienstleistungen an. Aber die Branche ist auch eine Hightechindustrie.

### Qualität der Pflege

Entsprechend breit ist der Ausbildungshintergrund der Beschäftigten. Neben Ärzten sind auch Pharmazeuten für die Industrie, Fachkräfte für Prävention oder Ernährungsberatung oder etwa Qualitätsberater und Krankenhausmanager sehr gesucht. Doch der Trend geht - wie in anderen Branchen auch - hin zu höher qualifizierten Berufen und Tätigkeiten. "Auch bei den Pflegekräften wird die Qualität der Ausbildung steigen, wie in anderen Ländern längst der Fall", erwartet Gerd Glaeske, Professor am Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen.



dpa

Auch ehemals Branchenfremde, wie etwa Ingenieure, tut sich ein neues, sehr weites Feld auf: die Medizintechnikindustrie. Martin Itrich vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) schätzt, dass Deutschland mit 11.000 Betrieben zweitwichtigster Medizintechnikstandort weltweit hinter den USA ist. Die Chancen der Medizintechnikhersteller, auch künftig vom Wachstum auf dem Gesundheitsmarkt zu profitieren, sind bestens. Im Jahr 2006 steigerten die Medizintechnikhersteller ihren Umsatz um 9,8 Prozent auf 43,48 Milliarden Euro.

### Investitionen im großen Stil

Nachdem die Industrie in den vergangenen Jahren vor allem im Ausland wuchs - ihr Exportanteil liegt derzeit bei 60 Prozent - dürfte wohl auch das Inlandsgeschäft bald kräftig wachsen. Denn Deutschlands Krankenhäuser und Arztpraxen holen in großem Stil überfällige Investitionen nach, wie Sven Behrens beobachtet, Geschäftsführer des medizintechnischen Industrieverbands Spectaris. Den Nachholbedarf schätzt Behrens auf zehn bis 15 Milliarden Euro.

Aus der Gesundheitswirtschaft werden dieses Jahr wohl kaum Hiobsbotschaften dringen. Selbst wenn es in dem ein oder anderen Krankenhaus zu einem Stellenabbau kommt oder auch mal eine Klinik ganz geschlossen wird - Glaeske geht immerhin davon aus, dass die Zahl der Kliniken mittel- bis langfristig um zehn bis 15 Prozent sinken wird: "Das beträfe dann Ärzte und Pfleger gleichermaßen", stellt er fest. "Und bei den Pflegekräften gehe ich davon aus, dass sie rasch in anderen Bereichen wie der Altenpflege, Gerontopsychiatrie oder in einer Seniorenresidenz unterkommen können."

### Streit um Gesundheitsfonds

Aus den Sozialversicherungssystemen droht allerdings durchaus die ein oder andere Hiobsbotschaft. Dafür sorgt schon der von Bundestag und -rat für Anfang kommenden Jahres beschlossene und umkämpfte Gesundheitsfonds. Dieser würde nach Experteneinschätzungen für einen großen Teil der 44 Millionen gesetzlich Versicherten Beitragserhöhungen mit sich bringen.

Bis zu 90 Prozent könnten draufzahlen, während wenige Versicherte entlastet würden, erwartet das Münchner Institut für Gesundheitsökonomik (IfG) einer Studie für die "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" zufolge. Der einheitliche Beitragssatz wird wahrscheinlich über dem bisherigen Durchschnitt von 14,8 Prozent liegen - das IfG geht von 15,5 Prozent Beitragssatz aus. Das klingt gemäßigt - doch die Mehrzahl der Versicherten zahlt weniger.

#### INFOBOX

##### **Konjunktur und Arbeitsmarkt: Besser als ihr Ruf**

Schlechte Nachrichten aus der Wirtschaft gibt es derzeit zuhauf. Finanzkrise, Ölpreishoch, Dollartief, drohende US-Rezession, Werksschließung bei Nokia. Doch um die deutsche Konjunktur ist es weit besser bestellt, als es aussieht.

Im vergangenen Jahr sanken die Arbeitslosenzahlen so stark wie nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Dank der überraschend deutlichen Konjunkturerholung im vergangenen Jahr entstehen hierzulande zur Zeit wöchentlich fast 10.000 neue Jobs. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wagt eine optimistische Einschätzung: "Die Arbeitslosenzahl wird 2008 auf im Schnitt 3,5 Millionen zurückgehen, nach knapp 3,8 Millionen im Vorjahr", erklärt BA-Präsident Frank-Jürgen Weise. "Diese 3,5 Millionen sind eine sichere Prognose."

Dabei ist die Angst vor einer Konjunkturkrise bei all den Hiobsbotschaften verständlich. Einige Experten befürchten, die Krise werde von den Finanzmärkten auf die Privathaushalte und Unternehmen übergreifen. Ende vergangenen Jahres kühlte sich das US-Wachstum dann stärker als erwartet ab. Möglicher Vorbote einer Rezession? Der ehemalige US-Notenbankchef Alan Greenspan hält dies zu immerhin 50 Prozent für wahrscheinlich.

Doch wie stark eine solche Krise Deutschland dann treffen würde, ist nicht so klar wie vor ein paar Jahren. Die Zeiten, in denen die deutsche Wirtschaft eine Lungenentzündung bekam, wenn die US-Wirtschaft hustete, scheinen vorbei - dank neuer Absatzmärkte wie China oder Indien. Dennoch: Die Risiken sind da und bekannt. Neben den Schockwellen der durch die US-Immobilienkrise ausgelöste Finanzkrise sind dies der hohe Ölpreis, steigende Rohstoff- und Energiepreise sowie der starke Euro.

Konkret könnten die 22 Millionen Versicherten, die derzeit zwischen 14,9 und 15,4 Prozent zahlen, dem IfG zufolge bis zu 108 Euro mehr Monatsbeitrag zahlen müssen. Die 5,5 Millionen Beitragszahler dagegen, die mehr als 15,5 Prozent zahlen, würden entlastet - Mitglieder einiger Allgemeiner Ortskrankenkassen (AOK) um bis zu 259,20 Euro. Das Gesundheitsministerium wies diese Prognose zurück. Auch Politiker von SPD und CDU widersprachen.

#### **Ungemach dank Gesundheitsfonds?**

Auch den Steuerzahlern könnte der Gesundheitsfonds dieses Jahr Ungemach bringen. Bezeichnete doch Gesundheitsministerin Ulla Schmidt kürzlich den vom Bund für Hartz-IV-Empfänger an die Kassen überwiesenen Beitrag von 118 Euro als "nicht sachgerecht". Damit nährt sie die Hoffnung der Krankenkassen auf eine Erhöhung, die seit langem 170 Euro fordern. Eine solche Erhöhung würde ihnen zwei Milliarden Euro mehr Einnahmen bringen - und den Steuerzahler entsprechend mehr kosten.

Die ein oder andere Hiobsnachricht könnten aber wohl auch die Krankenkassen kassieren - etwa wegen des geplanten und umstrittenen Risikoausgleichs oder der Frage, wer für Altlasten wie etwa Pensionsansprüchen beamtenähnlicher Kassenmitarbeiter insbesondere bei den AOKs aufkommt.

---

© ZDF 2008